

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Befreiung monatlich 25.- M., vierteljährlich 75.- M.
Die einpolige 32 mm breite Seite 6.- M. Mit Familienangehörigen, Einzeln unter 10.- M. u. Wohnungsmarkt, 1 polige Seite u. Beilage 25 % Zuschlag. Postgebühren laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Voranbezahlung. Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neyp & Neidhardt in Dresden.
Verlags-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserer Rechte vorbehalten werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ringstraße 14
Königsdielen
Vornehmes Restaurant

Schokolade
Deutschmeister
wirdlich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Die amerikanische Antwortnote.

Ablehnung der Haager Konferenz. — Mitarbeit in einer Sachverständigenkommission.

Genève, 16. Mai. Der amerikanische Botschafter Child hat unter dem 16. Mai folgendes Schreiben an Minister Schanzer gerichtet:

Ich habe die Ehre, Ihnen beiliegend eine Note meiner Regierung als Antwort auf Ihre Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die sich im Haag mit Rußland beschäftigen soll, mitzuteilen. Die amerikanische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der im Haag am 15. Juni stattfindenden Konferenz, die an sie von dem Präsidenten der Konferenz von Genève ergangen ist, und zwar unter den Bedingungen, die in dem Abkommen der einladenden Mächte auseinandergesetzt worden sind, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Die amerikanische Regierung ist im höchsten Maße von dem Bestreben befaßt, in irgendwelcher Weise an dem Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten mitzuwirken, und möchte noch einmal die tiefempfundene Freundschaft, die das Volk der Vereinigten Staaten für das russische Volk empfindet und dem lebhaften Interesse Ausdruck geben, welches das amerikanische Volk an allen Maßnahmen hat, die auf die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wohlfahrt gerichtet sind, auf welche das russische Volk kraft seiner Fähigkeiten und natürlichen Hilfsquellen berechtigten Anspruch hat. Das amerikanische Volk hat bereits greifbare Beweise seines tiefen Interesses an der wirtschaftlichen Gesundung Rußlands gegeben, und die amerikanische Regierung würde sich nur mit äußerster Widerstreben jedwähliger Gelegenheit, hilfreich zu sein, verschließen. Die amerikanische Regierung ist jedoch nicht in der Lage, zu dem Schluß zu kommen, daß sie in erproblicher Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genèver Konferenz unter anderem Namen sein würde, und da diese Konferenz der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten loszumachen, falls die in dem russischen Memorandum vom 11. Mai eingenommene Haltung unverändert bleibt. Die letzten Endes entscheidende Frage ist offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland. Die wesentlichen Vorbedingungen müssen noch geschaffen werden, und der Natur der Dinge nach innerhalb Rußlands selbst geschaffen werden. Während die amerikanische Regierung fest der Ansicht gewesen ist, daß diese Vorbedingungen durchaus klar zutage liegen, ist sie stets bereit gewesen, gemeinsam mit den gegenwärtig einladenden Mächten eine Sachverständigen-Kommission zum Studium der wirtschaftlichen Lage in Rußland und der notwendigen Mittel zu ihrer Besserung einzusetzen. Eine solche Kommission müßte sich in entsprechender Weise mit dem Studium der wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland beschäftigen, ohne welche offensichtlich jede geordnete Basis für Kredit fehlen müßte. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die amerikanische Regierung durchaus bereit ist, allen Vorschlägen, die von der Genèver Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgehen würden, ernsthafte Beachtung zu schenken. Aber sie ist der Ansicht, daß die offenbar als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai ersolaten gegenwärtig vorliegenden Anregungen hinsichtlich des

Vorkaufes jener Note nicht die klare Bestimmtheit besitzen, die es der amerikanischen Regierung ermöglichen würden, ihre Hand an dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu legen. (W. T. U.)

Uebereinkunft der Vorschläge an die russische Delegation.

Tschitcherins Fragen. — Gewährung einer 24 stündigen Bedenkzeit.

Genève, 16. Mai. (Sonderbericht des W. T. U.) Um 10 1/2 Uhr vormittags trat die Unterkommission der Ersten Kommission unter dem Vorsitz de Facto zusammen, um der russischen Delegation die Vorschläge der anderen in der Unterkommission vertretenen Mächte bekannt zu geben. Der Inhalt der gestern veröffentlichten Dokumente wurde vertlesen.

Darauf stellte Tschitcherins eine Reihe von Fragen über die verschiedenen Klauseln, um sich über ihre Tragweite Klarheit zu verschaffen.

Er fragte u. a., warum Deutschland von der Sachverständigenkonferenz ausgeschlossen sei. Es wurde geantwortet, weil Deutschland bereits einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen habe.

Tschitcherins fragte ferner, wie es mit der de jure Anerkennung der Sowjet-Regierung stehe. Es wurde erwidert, das sei eine Angelegenheit der einzelnen Regierungen, sobald die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen abgeschlossen seien.

Tschitcherins fragte weiter, warum der Haag als Versammlungsort für die Kommission gewählt wurde. Die Antwort lautete, man sei bereit, andere Vorschläge entgegenzunehmen.

Frage: Werden alle Mächte durch die Mehrheitsentschlüsse gebunden sein? Antwort: Hierüber wird die Kommission zu entscheiden haben.

Frage: Wird der Vorschlag nur während der Arbeiten der geplanten Kommission dauern oder bis die Grenzen endgültig festgelegt sind? Antwort: Diese Angelegenheit kann erörtert werden.

Frage: Wird in Genève ein Schriftstück bezüglich des Vorschlags oder ein Pakt abgeschlossen und unterzeichnet? Antwort: Ja!

Tschitcherins kam dann auf die Lage in Ostibirien zu sprechen. Es entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Tschitcherins und Abil, in die Lloyd George eingriff, indem er bemerkte, es wäre ant, wenn der Vorschlag bereits in der gegenwärtigen Sitzung angenommen würde. Darauf lautete Tschitcherins, es seien 24 Stunden erforderlich, um der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, die Vorschläge vollständig zu prüfen. Hierauf wurde die Sitzung der Unterkommission auf morgen vormittags 11 Uhr vertagt.

Beim Schluß der Sitzung erhielt Schanzer das Antwortschreiben des Staatssekretärs Hughes bezüglich der Teilnahme Amerikas an der Haager Konferenz.

Das Programm der letzten Konferenztage.

Genève, 16. Mai. Die Vertreter der einladenden Mächte besprechen heute nachmittags das Programm für die letzten Tage der Konferenz. Ein Tag für die Plenarsitzung ist noch nicht festgelegt. Die Tages-Agenda ist noch nicht festgelegt. Die Konferenzreise abzubrechen, es werde eine Antwort erfolgen, da der Schluß der Antwort von Hughes für eine Fortsetzung des Meinungs-austausches die Tür offen lasse. (W. T. U.)

Das deutsch-polnische Abkommen vor dem Völkerbundsrat.

Genève, 16. Mai. Das gestern unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen war heute Gegenstand einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats. Zunächst ernannte die Präsidentin der durch den deutsch-polnischen Vertrag die Präzedenz im Leben gerufenen internationalen Organisations-Kommission, und zwar entsprechend den Vorschlägen der beiden Bevollmächtigten Herrn Calonder zum Vorsitzenden der internationalen gemischten Kommission und den Professor Kelenbeck zum Vorsitzenden des Schiedshofes. Hierauf nahm der Völkerbundsrat folgende Resolution einstimmig an: Der Völkerbundsrat beschließt, daß die den Mindesteinstufung betreffenden Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberfließen mit Beginn ihres Inkrafttretens, wie es der Vertrag vorsieht, der Garantie des Völkerbundes unterstellt werden vorbehaltlich ihrer Prüfung in der nächsten Tagung des Rates. (W. T. U.)

Hat Deutschland Interesse am Völkerbund?

Völkerbund! Lebte er noch und was macht er? Die Welt hat ihn schon fast vergessen. Er ist nach kurzer Danksagung, die in manchen optimistischen Gemütern sogar etwelche Hoffnungen erweckt, in einen Dornröschenschlaf verfallen, aus dem er dann und wann gähmend emporkriecht, um nach einigem Neden und Strecken der Glieder und Abschnüpfung einer kurzen, minderwertigen Arbeit wieder in den lethargischen Zustand zurückzufallen. Durch Cannes und Genève war er vollends um das bisherige Erinnerung gebracht, das ihm hier und da noch gewidmet wurde. Daß die Idee der Völkerbund des Völkerbundes in seiner bisherigen Gestalt und Wirksamkeit übertrieben sei, wird niemand behaupten wollen, der unbefangenen urteilt. Man sehe sich z. B. das Programm an, das für die gegenwärtige Tagung des Völkerbundesrat aufgestellt worden ist. Abhandlicher und Tausender Kleinrat und organisatorisches Kopfzerbrechen über den noch ganz in der Luft schwebenden und sehr problematischen internationalen Gerichtsstand: das ist das welterwartete Material, das zur Beratung kommt. Ähnlich ist es bislang immer gewesen, und noch nicht eine einzige Entscheidung hat der Völkerbundsrat getroffen, die auch die Skeptiker zu dem Eingeständnis hätte zwingen können, daß der Völkerbund sein Dasein verdient und seine existentielle und unumgängliche Organisation durch seine Leistungen zum Heile der Nationen rechtfertigt. Es erregt daher einiges Erstaunen, daß es Lloyd George plötzlich beliebt, den Völkerbund in neue bengalische Reue zu rufen, nachdem er ihn zuerst durch die Propaganda für den Europarat, durch die das ganze Bündel von Völkerbundsvorstellungen des Völkerbundsrats zur Makulatur degradiert wurde, in die Dunkelkammer verworfen hatte. Lloyd George erklärte, daß die Konferenz von Genève auch nicht annähernd das Material aufarbeiten könne, das ihr vorliegt; der Rest müsse dann zugleich mit anderen Fragen, einschließlich der Abrüstung, dem Völkerbund überwiesen werden. Diese Auslassung gewinnt ihre richtige Bedeutung in Verbindung mit dem abschließend ausgesprochenen Bedauern, daß Amerika sich noch abweislich halte, sowie im Zusammenhang mit dem Wunsch, daß auch Deutschland und Rußland aufgenommen werden möchten, wie in letzter Zeit mehrfach in der neutralen, aus englischen Anstalten gespeisten Presse zu lesen war. England hängt also offenbar an, sich an dem jetzigen Völkerbund, der bloß eine neue Denkmäler und seine ehemaligen Verbündeten gerichtet Organisation der Eleger darstellt, ungemütlich zu fügen, weil ihm Frankreich innerhalb der Bundesorganisation über den Kopf zu wachsen droht und zum Teil schon gewachsen ist, nicht zum wenigsten in der Abrüstungsfrage, in der durch den Vertrag von Versailles bis jetzt die ganzen Vorrichtungen des Verfallener Vertrags inkonsequent gemacht worden sind. Nun sollen, um die englische Mission zu befestigen und der europäischen Politik Lloyd Georges Rückhalt zu verschaffen, die anderen sehr noch außerhalb lebenden Mächte, vor allem Deutschland und Rußland, herangezogen werden, um dem Völkerbund neues Leben einzubringen, damit er in den Stand gesetzt wird, an der Vereinnahmung Englands von der drückenden französischen Demoskratie mitanzuhängen, die den Völkerbund nur insoweit gelten lassen will, als er ein Druckmittel gegen Deutschland darstellt und die Zwecke des Pariser Imperialismus fördert, die aber im übrigen den Bund möglichenfalls in Schluß zu lassen sucht, damit er sich nicht einfallen läßt, auch einmal etwas im Widerspruch mit den französischen Herrschaftsgelüsten zu unternehmen. Namentlich im Völkerbundsrat, der das eigentliche Regiment im Völkerbunde führt und der Bundesversammlung nur die reinverwaltliche Tätigkeit und die kommissionarische Arbeit überläßt, ist Frankreich obenan. Wie sehr die französische Politik dort regiert, geht neuerdings aus der Behandlung der französischen Bevölkerung hervor, deren wohl begründete Beschwerden über ihre politische und wirtschaftliche Entrechtung durch die französisch orientierte Regierungskommission im Völkerbundsrat in den Papierkorb geflohen sind, während dieser angebliche Vertreter der Rechte und der Gerechtigkeit unter den Nationen einseitig bei richtiger Auffassung der ihm obliegenden Pflichten schon längst von Amt wegen gegen die im Saarland herrschende Miswirtschaft hätte einschreiten müssen.

Die nächste Bundesversammlung soll im Herbst stattfinden und es ist verschiedentlich durchgedrückt, daß inzwischen auf englisches Verreiben Deutschland und Rußland amtliche Einladungen zum Beitritt erhalten sollen, damit zum mindesten Deutschland an der Tagung bereits als vollberechtigtes Mitglied teilnehmen könne. Es ist also möglich, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund plötzlich aktiver wird. Die Entscheidung kann nicht über das Antragsgebot werden, sondern will sehr ernstlich und gründlich erwogen sein. Wenn aus der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt völlig unzulänglich ist und keine gedeihliche Wirksamkeit entfalten kann, so besteht doch die Möglichkeit, daß er durch die Aufnahme neuer Mächte und eine im Hinblick daran sich vollziehende Umgestaltung in einen Zustand versetzt werden könnte, der ihn zu

Beginn der materiellen Reparationsverhandlungen.

Paris, 16. Mai. Reichsfinanzminister Dr. Hermès hat im Laufe des gestrigen Nachmittags mit den französischen Vertretern die materielle Behandlung der Reparationsfrage aufgenommen. Dr. Hermès übernahm dem Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois in Anwesenheit des Vorsitzenden des Garantieausschusses Rouclere zu diesem Zweck mehrere Aufzeichnungen, die in der Hauptsache die jetzige Gestaltung des Reichshaushaltsplanes, sowie die Zwangsanleihe betrafen und die zunächst zu einer allgemeinen Aussprache führten. In den nächsten Tagen werden die einzelnen Vorschläge mit den Delegierten fortgesetzt. (W. T. U.)

Die Vorschläge Dr. Hermès.

Paris, 16. Mai. Die „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Dr. Hermès den Alliierten folgende Vorschläge machen wird:

1. Anstatt 60 Milliarden neue Steuern zu erheben, verpflichtet sich Deutschland, eine innere Anleihe für den gleichen Betrag aufzunehmen.
2. Was die äußere Anleihe anbelangt, erklärt Dr. Hermès, daß diese Frage das Komitee Morgans angehe.
3. Deutschland verpflichtet sich, alles Mögliche aufzuwenden, um die Kapitalflucht in das Ausland zu verhindern. Bestimmte Maßnahmen dazu sollen der Reparationskommission in einigen Tagen unterbreitet werden.
4. Die deutsche Regierung wird vor dem 31. Mai die nötigen gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, um die Antinomie der Reichsbank zu beseitigen.
5. Deutschland wird die wirtschaftliche und finanzielle Statistik soweit als möglich in der Form und im gleichen Umfang wie vor dem Kriege wieder aufnehmen.